

## FriEnt-Team

### FriEnt-Workshop zeigt Wege der systematischen Integration von Konflikttransformation und Menschenrechtsansatz auf

Konflikttransformation und Menschenrechtsarbeit haben hohe Relevanz für die Überwindung von Gewalt und die Arbeit an strukturellen und kulturellen Konfliktursachen. Wie Erfahrungen zeigen, bedingen sich Friedensförderung und Menschenrechtsschutz gegenseitig. Beide Perspektiven sind daher für viele Arbeitsfelder der entwicklungspolitischen Friedensförderung relevant. Mit der Reflexion der Möglichkeiten und Grenzen beider Ansätze ist in der jüngeren Vergangenheit das Bewusstsein gewachsen, dass es eine Weiterentwicklung der eigenen Ansätze und Arbeitspraxis für die Herausforderungen vor Ort braucht. Bei einem FriEnt-Workshop Anfang März ging es folglich um Ansätze und Erfahrungen in der systematischen Integration von Konflikttransformation und Menschenrechtsansatz in Analyse und Planung. 15 Teilnehmende aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen stellten Ansätze und Erfahrungen anhand von Beispielen aus der Praxis vor und diskutierten über Chancen und Grenzen in der Anwendung.

Bei der Analyse gilt es, – so die Erfahrungen aus einem Human Rights Impact Assessment in den Philippinen, das von Misereor in Auftrag gegeben worden war – insbesondere bei fragmentierten lokalen Gemeinschaften, Konfliktsensibilität und Prozessorientierung zu gewährleisten. Der Referenzrahmen wie auch Wortwahl und Ansatz einer solchen Studie sollten den Anforderungen an einen Dialog zwischen divergierenden Meinungen oder Erfahrungen Rechnung tragen. Um Gegensätze bei den Betroffenen vor Ort durch die Analyse nicht zu verschärfen und zu Spannungen beizutragen, kommt auch bei menschenrechtlichen Analysen der „Do no harm“-Logik und der Stärkung verbindender Aspekte und Faktoren eine besondere Rolle zu. Dabei könne der Prozess der Klärung und Diskussion dieser Fragen wichtiger sein als das Ergebnis. Die dafür erforderlichen Zeiträume und Kapazitäten sollten nicht unterschätzt werden. Um den Ansprüchen an Ergebnis- und Prozess-

## Inhalt

<b>FriEnt-Team</b>	
<a href="#">FriEnt-Workshop zeigt Wege der systematischen Integration von Konflikttransformation und Menschenrechtsansatz auf</a>	1
<a href="#">FriEnt-Rahmenplan 2016-2019 verabschiedet</a>	2
<a href="#">Frieden als politische und gesellschaftliche Priorität: Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2015</a>	3
<b>Aus den Mitgliedsorganisationen</b>	
<a href="#">GIZ: Bildung in Krisen und auf der Flucht – neue Chancen durch Informations- und Kommunikationstechnologien</a>	4
<a href="#">FES: Zwischen Anspruch und Realität? Herausforderungen internationaler Friedenseinsätze in Afrika</a>	5
<a href="#">BMZ verstärkt Engagement an der Schnittstelle von Katastrophen, Fragilität und Konflikt</a>	6
<a href="#">ZIF: Umsetzung der drei Reviews zum UN-Peacekeeping und Peacebuilding</a>	7
<a href="#">hbs-Publikation: Für Demokratie! Vom Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung in der Welt</a>	8
<a href="#">Brot für die Welt: Unbewaffnetes Ziviles Peacekeeping – Den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen</a>	9
<b>Impuls-Artikel</b>	
<a href="#">Ausweg oder Sackgasse? Wachsende Verzahnung von Humanitärer Hilfe und Friedensarbeit in multidimensionalen Dauerkrisen</a>	10
<b>FriEnt Tipps &amp; Infos</b>	
<a href="#">Neuer Schwung für den New Deal?</a>	14
<a href="#">UNDP-Bericht hebt Bedeutung lokaler Governance-Strukturen für Frieden und Entwicklung hervor</a>	15

orientierung gerecht werden zu können, kann ein von Beginn an mitgedachtes Follow-up hilfreich sein.

Am Beispiel einer Arbeitshilfe der GIZ wurde anschließend vorgestellt, wie bei Planung, Monitoring und Evaluierung der Menschenrechtsansatz in Instrumente und Prozesse im Zivilen Friedensdienst (ZFD) eingebunden werden kann. Angelehnt an das „Peace and Conflict Assessment“ (PCA) werden in der Arbeitshilfe unter anderem die Relevanz menschenrechtlicher Standards und Prinzipien im Kontext und deren Gewährleistung abgefragt. Auch capacity

development-Bedarfe von „Rechtsinhabenden“ und „PflichtenträgerInnen“ werden abgefragt. Befördert werden sollen dadurch unter anderem die direkte oder indirekte Adressierung von Konfliktursachen und struktureller Veränderungsbedarfe. Auch die Einbeziehung der schwächsten und/oder am stärksten vom Konflikt betroffenen Gruppen, die Förderung horizontaler und vertikaler Beziehungen auf Basis eines gemeinsamen Wertesystems sowie die Sicherstellung von Menschenrechten im Prozess und Ergebnis der Konfliktbearbeitung sollen hierdurch systematisch eingeplant und beobachtet werden. Offen bleiben dagegen beispielsweise Fragen zum Generieren von Synergien zwischen Akteuren des Menschenrechtsschutzes und der Konflikttransformation innerhalb von Projekten und Programmen. Auch die Frage nach der Sensibilisierung und Weiterbildung der am ZFD beteiligten Akteure sowie anderen friedens-, entwicklungspolitisch und menschenrechtlich tätigen Akteuren wurden von den Teilnehmenden geteilt.

Der Workshop bot Raum zum praxisorientierten, vertieften Austausch zwischen Akteuren der Menschenrechtsarbeit und der Konflikttransformation. Nichtsdestotrotz braucht es immer wieder eine Verständigung über Standards, Ansätze und Begrifflichkeiten. Die Auswertung von Erfahrungen aus der gemeinsamen Arbeit und zur Integration von Ansätzen sollen aufgrund des hohen Interesses der Teilnehmenden im FriEnt-Rahmen

weitergeführt werden, denn für die komplexen Herausforderungen vor Ort in oftmals restriktiven Kontexten gilt es, die bisherigen Ansätze und Strategien weiterzuentwickeln. Dafür bedarf es „etwas an die Hand“, womit in der Praxis gearbeitet werden kann.

### FriEnt-Rahmenplan 2016-2019 verabschiedet

Im März verabschiedete der Lenkungsausschuss der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung den FriEnt-Rahmenplan 2016-2019. Aufbauend auf der Evaluierung und zahlreichen Diskussionsprozessen hat sich die Arbeitsgemeinschaft damit einen neuen strategischen Rahmen gegeben, der dem veränderten globalen Kontext, internationalen Prozessen wie etwa der 2030 Agenda, und daraus resultierenden Chancen und Herausforderungen für entwicklungs- und friedenspolitische Akteure Rechnung trägt.

Für die kommenden Jahre hat sich FriEnt zum Ziel gesetzt, zur Weiterentwicklung von Strategien und Ansätzen der Friedensförderung im deutschen wie im internationalen Kontext

#### Weitere Informationen

Anja Justen, FriEnt  
[anja.justen@frient.de](mailto:anja.justen@frient.de)

Caroline Kruckow, FriEnt  
[caroline.kruckow@frient.de](mailto:caroline.kruckow@frient.de)

#### Links & Literatur

[Human Rights Impact Assessment of the Tampakan Copper-Gold Project, Mindanao, Philippines](#)

Brigitte Hamm, Anne Schax, Christian Scheper | Misereor, Fastenopfer | August 2013

[Mit Recht für mehr Gerechtigkeit. Eine Einführung in die sozialen Menschenrechte und den rechtebasierten Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit](#)  
Brot für die Welt | April 2015

[Connecting Human Rights and Conflict Transformation. Guidance for Development Practitioners](#)

Michelle Parlevliet | GIZ, ZFD, Deutsches Institut für Menschenrechte | Juli 2011

beizutragen, den sektor- und politikfeldübergreifenden Dialog zu aktuellen fachlichen und friedenspolitischen Themen sowie die Arbeit der FriEnt-Mitglieder an der Schnittstelle von Frieden und Entwicklung zu stärken.

Auch zukünftig wird die Arbeitsgemeinschaft auf eine gute Balance zwischen unterschiedlichen Bedarfen der Mitgliedsorganisationen, kontinuierlicher Arbeit zu ausgewählten Themen und flexiblem Reagieren auf neue Fragestellungen sowie friedenspolitische Debatten und praktische Umsetzungsfragen achten. Zentral bleibt dabei, die unterschiedlichen Stärken und Erfahrungen der Mitglieder systematisch zu nutzen, Impulse für Kooperation zu geben und Perspektivwechsel zu ermöglichen.

### Weitere Informationen

Natascha Zupan, FriEnt  
[natascha.zupan@frient.de](mailto:natascha.zupan@frient.de)

### Links & Literatur

FriEnt-Webseite: [Rahmenplan 2016-2019](#)

## Frieden als politische und gesellschaftliche Priorität: Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2015

Am 25. September 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung mit 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) – ein historisches Ereignis. Nur fünf Tage vorher, am 20. September 2015, veranstalteten wir – FriEnt, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert Stiftung – unsere jährliche Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag im Rahmen der Bonner Friedenstage.

Frieden ist nicht nur ein eigenständiges Ziel, sondern ein Leitmotiv der gesamten 2030 Agenda. Damit wird anerkannt, dass Frieden und Entwicklung untrennbar miteinander verbunden sind. Krieg und Gewalt stellen die größten Hindernisse für nachhaltige Entwicklung dar – umgekehrt ist ein nachhaltiger Frieden nicht ohne soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung möglich.

### Weitere Informationen

Marc Baxmann, FriEnt  
[marc.baxmann@frient.de](mailto:marc.baxmann@frient.de)

Daniela Dietmayr, FriEnt  
[daniela.dietmayr@frient.de](mailto:daniela.dietmayr@frient.de)

### Links & Literatur

[Frieden auf der globalen Nachhaltigkeitsagenda – ein Thema für Kommunen? Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2015](#)  
FriEnt, Brot für die Welt, FES | März 2016

Die neue Agenda bringt einen überfälligen Perspektivwechsel mit sich, denn sie gilt für alle Staaten gleichermaßen und nicht nur für Entwicklungsländer. Die SDGs nehmen damit auch Deutschland in die Pflicht und bieten einen Orientierungsrahmen für Nachhaltigkeitsziele in Deutschland.

Welche Verantwortung haben also Kommunen in Deutschland bei der Umsetzung des Friedensziels der 2030 Agenda und sind sie den Anforderungen gewachsen? Bietet die 2030 Agenda Antworten auf die aktuellen Herausforderungen der Kommunen für ein friedliches Zusammenleben?

Diesen Fragen gingen die Teilnehmenden der Podiumsdiskussion zum Friedenstag 2015 im Alten Rathaus der Stadt Bonn nach. Kaum ein Ort in Deutschland wäre besser geeignet, um zu diskutieren, wie Kommunen das

Nachhaltigkeitsziel einer friedlichen und inklusiven Gesellschaft am besten umsetzen können: Bonn ist UN-Stadt und versteht sich als Ort nachhaltigen Handelns und nachhaltiger Politik. Weil eine globale nachhaltige Entwicklung nicht ohne Frieden zu erreichen ist, hat die Stadt Bonn auch den Claim „Frieden. Peace. Paix. Bonn“.

Die Diskussion zeigte: Die Umsetzung des Friedensziels der 2030 Agenda muss auch in Deutschland eine politische und gesellschaftliche Priorität sein. Damit Deutschland zu Hause und in der Welt friedliche und inklusive Gesellschaften fördern kann, braucht es ambitionierte Ziele und Indikatoren. Sie müssen sowohl in der Neuauflage der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die im Sommer 2016 verabschiedet werden soll, als auch in den Nachhaltigkeitsstrategien von Ländern und Kommunen festgelegt werden.

Wir danken der Stadt Bonn für ihre Unterstützung der Veranstaltung, dem interessierten und nachfragenden Publikum und insbesondere Hagen Berndt, Christiane Lember-Dobler, Adolf Kloke-Lesch und dem damaligen Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch für ihre Diskussion auf dem Podium.

## ***Aus den Mitgliedsorganisationen***

### **GIZ: Bildung in Krisen und auf der Flucht – neue Chancen durch Informations- und Kommunikationstechnologien**

Krisen, Konflikte und Naturkatastrophen zählen zu den größten Hindernissen für die Erreichung der globalen Bildungsziele. Als Folge der Krisen sind rund 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht – die Hälfte von ihnen sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Allein in der aktuellen Syrienkrise können über zwei Millionen Kinder und Jugendliche keine Schule besuchen. Es besteht die Gefahr, dass eine „verlorene Generation“ ohne Zukunftsperspektiven heranwächst. Vor diesem Hintergrund werden zunehmend die Potentiale von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) diskutiert, um den Zugang zu sowie die Qualität und das Management von Bildungsangeboten im Kontext von Krisen und für Menschen auf der Flucht zu verbessern. Auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist dieses Thema von zentraler Bedeutung.

Die Studie „Education in Conflict and Crisis: How Can Technology Make a Difference? A Landscape Review“, die vom Sektorvorhaben Bildung der GIZ im Auftrag des BMZ erstellt wurde, gibt einen Überblick über bestehende Projekte und beleuchtet erfolgversprechende Ansätze sowie Lessons Learnt. Ergänzend wurde eine Studie mit Fokus auf Bildung für Binnenvertriebene und Flüchtlinge von der Mobiles for Education Alliance in Auftrag gegeben. Im Rahmen der UNESCO Mobile Learning Week im März 2016 wurden die Landscape Reviews erstmals vorgestellt und in einem Workshop der Fokus auf Flüchtlinge als Zielgruppe gelegt. Zentrale Ergebnisse der Diskussionen und der Studien sind:

- **Monitoring und Evaluierung:** Es sind mehr Evidenzen oder Fallstudien zum Einsatz von IKT für Bildung im Kontext von Flucht und Vertreibung notwendig. Eine Herausforderung ist, die Wirkungen von IKT auf Lernergebnisse von anderen Faktoren zu isolieren und konsistente Bildungsdaten über Flüchtlinge zu erheben. Nichtsdestotrotz bieten IKT auch Lösungen für partizipative Datenerhebung und Monitoring.

#### **Weitere Informationen**

Sophia Palmes, GIZ  
[sophia.palmes@giz.de](mailto:sophia.palmes@giz.de)

Alexandra Galeitzke, GIZ  
[alexandra.galeitzke@giz.de](mailto:alexandra.galeitzke@giz.de)

#### **Links & Literatur**

[Education in Conflict and Crisis: How Can Technology Make a Difference? A Landscape Review](#)

Negin Dahya | GIZ | Februar 2016

Workshop [“Education on the move: Technology for quality education in refugee settings”](#) im Rahmen der UNESCO Mobile Learning Week

Creative Associates International: [Landscape Review of Technology for IDP and Refugee Education](#)

[Mobiles for Education Alliance](#)

- Akkreditierung und Zertifizierung: Die Anerkennung von IKT-gestützten Bildungsangeboten für Flüchtlinge muss sichergestellt werden, um ihre Zukunftsperspektiven zu verbessern. Lerninhalte sollten sich deshalb an formalen Curricula orientieren. Auch non-formales, IKT-gestütztes Lernen sollte möglichst zur Zertifizierung führen und Übergänge zu anerkannten Abschlüssen ermöglichen.
- Do no harm: Ein konfliktsensibler Umgang mit Daten und Inhalten, die über digitale Medien verbreitet werden, ist besonders wichtig. Es sollte darauf geachtet werden, dass marginalisierte Gruppen durch den Einsatz von IKT nicht noch stärker ausgeschlossen werden.
- Technologien und Bildungsqualität: Der Einsatz von IKT sollte unter Berücksichtigung der spezifischen Kontextbedingungen erfolgen. Um die Nachhaltigkeit von Projekten sicherzustellen, empfiehlt es sich, lokal vorhandene Technologien zu verwenden. Durch adaptives Lernen können IKT Bildungsqualität verbessern, insbesondere im Fluchtcontext, wo Zielgruppen häufig sehr heterogen sind. Dabei bleiben Lehrkräfte weiterhin zentral im Lernprozess und können nicht durch IKT ersetzt werden.

Eine Fortsetzung der Diskussion findet in einem Webinar statt, das von BMZ/GIZ und dem Inter-Agency-Network on Education in Emergencies (INEE) am 18. Mai (15:30 CEST) organisiert wird. Im Webinar werden die Ergebnisse der Landscape Reviews und ein Praxisbeispiel zu IKT für Lehrkräfteförderung in Kakuma, Kenia, vorgestellt und mit internationalen Teilnehmenden diskutiert.

### **FES: Zwischen Anspruch und Realität? Herausforderungen internationaler Friedenseinsätze in Afrika**

Insgesamt 16 Friedensmissionen der Vereinten Nationen (United Nations, UN) gibt es derzeit weltweit, davon nicht weniger als neun auf dem afrikanischen Kontinent. Betrachtet man darüber hinaus die aufgewendeten finanziellen und personellen Ressourcen der UN, nimmt der Anteil der afrikanischen Missionen mit rund 80 Prozent noch größeren Raum ein. Gleichzeitig hat sich insbesondere in Afrika in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Konfliktkonstellationen und situationsbedingtem Pragmatismus heraus eine erhebliche Bandbreite von Einsätzen entwickelt, die in ihrem Anspruch und ihrer Multidimensionalität weit über das traditionelle Verständnis von Friedenseinsätzen hinausgehen. Angesichts der asymmetrischen Bedrohungen durch nicht-staatliche Akteure als das Gegenüber fragiler Staaten sowie nicht-linearer politischer Verhandlungsprozesse gilt deshalb insbesondere für die Peacekeeping Missionen in Afrika immer häufiger „that there is simply no peace to keep“. Sowohl von Seiten der internationalen Gemeinschaft wie auch von Seiten der zentralen afrikanischen Akteure – Afrikanische Union (AU) und Regionalorganisationen (regional economic communities, RECs) – besteht jedoch das dezidierte Interesse an dem Ausbau afrikanischer Kapazitäten und höherem afrikanischen Ownership sowie eine relativ große Offenheit für robuste und umfassende Mandate von Friedensmissionen und Interventionen.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) vom 16.-18. März in Brüssel einen Workshop mit rund 30 afrikanischen und internationalen ExpertInnen, in dem aktuelle Herausforderungen und Lehren internationaler Friedenseinsätze auf dem afrikanischen Kontinent im Hinblick auf ihre Relevanz für Reformbedarf und Umdenken seitens der UN und der internationalen Gemeinschaft insgesamt diskutiert wurden. Der Workshop in Brüssel basierte auf den vorläufigen Ergebnissen von insgesamt fünf subregionalen Workshops in Afrika, die die FES im Rahmen des Projektes “The New Geopolitics of Peace Operations II: Africa Bound” in Kooperation mit dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) in Bamako, Abuja, Doula, Addis Abeba und Maputo durchgeführt hatte. Ge-

## Weitere Informationen

Elisabeth Braune, FES  
[elisabeth.braune@fes.de](mailto:elisabeth.braune@fes.de)

## Links & Literatur

[Kurzberichte](#) der subregionalen Workshops

[Friedenseinsätze in einer sich ändernden Weltordnung. Herausforderungen und Handlungsempfehlungen](#)

Xenia Avezov, Jaïr van der Lijn, Marius Müller-Hennig | FES-Perspektive | November 2014

[The Future Peace Operations Landscape: Voices from stakeholders around the globe](#)

Jaïr van der Lijn, Xenia Avezov | SIPRI | Januar 2015

[Weiterführende Informationen zur Debatte um Reformen von UN-Friedenseinsätzen](#)

meinsam mit jeweils rund 25 Teilnehmenden aus Politik und Gesellschaft wurden dabei die vorherrschenden Konfliktodynamiken analysiert und Empfehlungen für aktuelle und zukünftige Ansätze des Konfliktmanagements sowie regional vorhandene Kapazitäten und zusätzlich notwendige Unterstützung durch externe Akteure abgeleitet.

Governance-Aspekte, nicht nur für die Beziehung der Missionen mit dem Gastland und den Nachbarstaaten sowie anderen externen Akteuren, und die effiziente Kommunikation und Koordinierung unterschiedlicher Einsätze spielten in den Debatten eine große Rolle. Auch konkrete Fragen der Finanzierung und kompatibler Kapazitäten und Mandate, etwa der AU und der RECs im Rahmen der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, und längerfristige Perspektiven von Sicherheit und Entwicklung sowie Konfliktprävention, etwa durch die systematische Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure wurden erörtert. Ziel des Projektes von FES und SIPRI war es, insbesondere bei internationalen Akteuren und politischen Entscheidungsträgern ein tiefgehendes Verständnis von den subregionalen Konstellationen von Konflikten in Afrika und ihrer inhärenten Dynamik zu erreichen, das in die differenzierte Planung, Ausgestaltung und Implementierung von

Friedensmissionen eingebracht werden kann. Der Abschlussbericht mit konkreten Handlungsempfehlungen soll im September im Kontext des von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon 2014 ins Leben gerufenen High-level Independent Panel on Peace Operations in New York vorgestellt werden.

## BMZ verstärkt Engagement an der Schnittstelle von Katastrophen, Fragilität und Konflikt

Mehr als die Hälfte der weltweit von Katastrophen betroffenen Menschen lebt in fragilen Kontexten. Eine Bearbeitung der Wechselwirkungen von Katastrophenvulnerabilität mit Konflikt, Gewalt und Fragilität liegt daher nahe. Eine Gegenüberstellung der Länder, die das BMZ 2016 mit einem erhöhten oder akuten Eskalationspotential ansieht und die laut Weltrisikobericht 2015 ein hohes oder sehr hohes Katastrophenrisiko aufweisen, zeigt eine Schnittmenge von 29 Ländern. Für diese Länder ist demnach eine Bearbeitung sowohl aus der Perspektive von Frieden und Sicherheit (FuS) als auch aus Sicht des Katastrophenrisikomanagements (KRM) notwendig. Auch konzeptionell gibt es Wechselwirkungen zwischen Katastrophen und Konflikt, Fragilität und Gewalt: Einerseits können Katastrophen konfliktverschärfend und als Multiplikatoren für bestimmte Fragilitätsphänomene wirken. Andererseits können Fragilität und Konflikte die Vulnerabilität von Staaten und Gesellschaften gegenüber extremen Naturereignissen verstärken und so das Katastrophenrisiko erhöhen.

Diese Wechselwirkungen wurden auch während der Verhandlungen zum Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030 (SFDRR), dem internationalen Abkommen zur Reduzierung von Katastrophenrisiken, international diskutiert. Die Thematik von Fragilität, Konflikt und Gewalt als mögliche Risikofaktoren und als Verstärker von Vulnerabilitäten wurde aus politischen Gründen jedoch letztendlich im SFDRR nicht berücksichtigt. Das BMZ, ebenso

wie die Weltbank, sehen in diesem Bereich jedoch Handlungsbedarf. So wird die Schnittstelle von KRM und FuS zum Beispiel explizit in der BMZ-Darstellung von Katastrophenrisikomanagement erwähnt.

Wenn am 23. und 24. Mai in Istanbul die Welt zum World Humanitarian Summit (WHS) zusammenkommt, wird das United Nations Development Programme (UNDP) zusammen mit dem britischen Overseas Development Institute (ODI) eine „Special Session“ zu Risiko- und Vulnerabilitätsanalysen an der Schnittstelle von Katastrophen, Fragilität und Konflikt organisieren. In einem „Side Event“, das federführend von Weltbank und BMZ organisiert wird, wird zudem die mögliche Zusammenarbeit zwischen Nothilfe, KRM und Ansätzen der Friedensbildung diskutiert. Auch während des bereits vom 16.-20. Mai stattfindenden Understanding Risk Forum (UR2016) in Venedig soll die Thematik durch die Weltbank in einer Veranstaltung mit dem Titel „Getting to safe: Understanding the nexus of disasters, conflict and fragility“ aufgearbeitet werden.

International gewinnt das Thema auch außerhalb des WHS und des UR2016 zunehmend an Bedeutung. Im März dieses Jahres hat die Global Facility for Disaster Reduction and Recovery (GFDRR) der Weltbank, deren Vize-Vorsitz 2015/2016 das BMZ inne hat, auf dem Fragility Forum der Weltbank einen „Resilience Dialogue“ unter dem Leitthema „Fragility, Conflict and Disaster Risk: Connecting the dots“ veranstaltet. Die GFDRR, die Weltbank und ihre Partner arbeiten derzeit daran, Erfahrungen im Bereich der Schnittstelle KRM und FuS aufzuarbeiten und Konzepte für die praktische Bearbeitung zu entwickeln. Hierzu wird in den kommenden Wochen eine Studie vorgestellt. Aktuell wird die Schnittstelle in Damage Needs Assessments (DNA) bearbeitet: So hat die Weltbank mit der GFDRR und anderen Partnern ein vorläufiges DNA – eigentlich eine Methodik zur Erhebung von Bedarfen nach naturbedingten Katastrophenereignissen – in Syrien durchgeführt. In der Ost-Ukraine hat die GFDRR ab Ende 2014 zusammen mit Weltbank, Europäischer Union und den Vereinten Nationen außerdem die erste Phase eines „Recovery and Peacebuilding Assessment“ realisiert. Als Basis dienen sowohl „post-conflict“ als auch „post-disaster methodologies“ wie die „Rapid Assessment Methodology“, die die GFDRR für die Analyse von Schäden unmittelbar nach Katastrophen entwickelt hat.

### Weitere Informationen

Florian Neutze, BMZ  
[florian.neutze@bmz.bund.de](mailto:florian.neutze@bmz.bund.de)

Sebastian Wigele, GIZ  
[sebastian.wigele@giz.de](mailto:sebastian.wigele@giz.de)

### Links & Literatur

[Katastrophenrisikomanagement. Ansätze und Leitlinien der deutschen Entwicklungszusammenarbeit](#)

BMZ | Juni 2015

[Überblick über das Programm des WHS](#)

[Global Facility for Disaster Reduction and Recovery](#)

Weltbank-Blog:

[Fragility, conflict, and natural disasters – a ‘one-size fits all’ approach to resilience?](#)

[Counting the costs of the war in Syria](#)

## ZIF: Umsetzung der drei Reviews zum UN-Peacekeeping und Peacebuilding

70 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen (United Nations, UN) stehen die Organisation und in besonderem Maße ihre Friedenseinsätze vor großen Herausforderungen. Daher steht 2016 die Umsetzung der Empfehlungen von drei Reviews zu Frieden und Sicherheit aus dem Vorjahr im Zentrum vielfältiger Aktivitäten. Der Bericht des High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations (HIPPO), die Überprüfung der United Nations Peacebuilding Architecture sowie die Global Study zur Umsetzung der Resolution 1325 haben dabei – trotz unterschiedlicher Schwerpunkte – ähnliche Themen- und Problemfelder diskutiert und teils analoge Schlussfolgerungen gezogen. Sie fordern mehr Führung und Professionalisierung innerhalb der Vereinten Nationen, sowie mehr Kohärenz im UN-System

## Weitere Informationen

Tobias Pietz, ZIF  
[t.pietz@zif-berlin.org](mailto:t.pietz@zif-berlin.org)

## Links & Literatur

[“The Challenge of Sustaining Peace”:  
The Report on the Review of the UN  
Peacebuilding Architecture](#)

Luisa Scholz, Tobias Pietz | ZIF | Februar  
2016

[Mehr Beiträge und Strukturreformen für  
UN-Friedenseinsätze: Der Bericht des  
Generalsekretärs und Obamas  
Peacekeeping Summit](#)

Monika Benkler Tobias Pietz | ZIF | Ok-  
tober 2015

Report of the High-Level Independent  
Panel on United Nations Peace Opera-  
tions: [“Uniting Our Strengths for Peace –  
Politics, Partnerships and People”](#)

Report of the Advisory Group of Experts  
for the 2015 Review of the UN Peace-  
building Architecture: [“The Challenge of  
Sustaining Peace”](#)

Global Study on the Implementation of  
UN Security Council Resolution 1325:  
[“Preventing Conflict, Transforming Jus-  
tice, Securing the Peace”](#)

insgesamt. Prävention und langfristiges Engagement zur Bekämpfung von Konfliktursachen werden ebenso betont wie die Bedeutung engerer Partnerschaften mit anderen Organisationen und Akteuren. Alle Berichte verlangen, dass sich die UN stärker auf die Bedürfnisse der Missionen vor Ort („field-focused“) ausrichten und die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen sollten („people-centred“).

Verschiedene Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, unterstützen die Umsetzung der Empfehlungen mit diversen Maßnahmen. Ein Meilenstein wird die für den 10.-11. Mai anberaumte Debatte der UN-Generalversammlung sein, in welcher die drei Berichte von Mitgliedsstaaten, Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen diskutiert werden. Diese Veranstaltung wird inhaltlich begleitet und vorbereitet durch die Initiative „Friends of HIPPO“, einem Netzwerk von globalen Think Tanks, in welchem auch das ZIF Mitglied ist.

Seit Ende 2014 hat das ZIF das HIPPO unterstützt und unter anderem die Europäischen Konsultationen des Panels im Frühjahr 2015 mit organisiert. Als weiteren Beitrag zur strategisch-konzeptionellen Debatte brachte das ZIF im Februar 2016 eine Gruppe von 25 internationalen ExpertInnen in Liebenberg bei Berlin zusammen, um die Ergebnisse der drei Berichte kritisch zu diskutieren. Unter dem Titel „Clearing of the Decks After a Year of Reviews: Operationalizing Peace Operations Reform“ erarbeiten ehemalige Mitglieder des Panels, zivile und militärische MissionsleiterInnen, Angehörige internationaler Organisationen und AkademikerInnen eine Liste konkreter Empfehlungen für die UN-Mitgliedsstaaten. Der Bericht der Liebenberg-Tagung wird Anfang Mai beim diesjährigen Challenges Forum vorgestellt werden.

## hbs-Publikation: Für Demokratie! Vom Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung in der Welt

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war von einem Aufstieg der Demokratie als politisches Ordnungssystem geprägt. In mehreren Demokratisierungswellen in Europa, Lateinamerika, Afrika und Asien wurden Autokratien und Militärdiktaturen gestürzt und erste Schritte in Richtung Demokratie gegangen. Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 und der von Bürgerprotesten getragene Systemwechsel in Mittel- und Osteuropa schienen diesen demokratischen Aufschwung zu bestätigen. Doch heute steht Demokratie in vielen Teilen der Welt unter Druck – auch in ihren vermeintlichen Hochburgen. Der autoritäre Entwicklungsstaat hat in letzter Zeit – oftmals als expliziter Gegenentwurf zur Demokratie – sogar Auftrieb erhalten. Und insbesondere in Konfliktregionen und fragilen Staaten haben Demokratisierungsbewegungen und die Demokratisierung selbst einen schweren Stand. Zugleich ist zu beobachten, dass politische Handlungsspielräume weltweit eingeschränkt werden. Demokratie und demokratische Akteure – vor allem kritische zivilgesellschaftliche AktivistInnen – stehen heute international unter Druck wie in den letzten 25 Jahren nicht.



Diesem Trend zum Trotz: Überall auf der Welt setzen sich Menschen weiterhin engagiert für Frieden und Demokratie, für politische, wirtschaftliche und kulturelle Rechte, für ein demokratisch organisiertes Gemeinwesen ein. Demokratie und Demokratisierung weltweit zu unterstützen und zu fördern ist ein Kernanliegen der internationalen Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung. Mit Partnerorganisationen in zahlreichen Ländern setzt sich die Heinrich-Böll-Stiftung dafür ein, die Spielräume für gesellschaftliche Teilhabe und politische Emanzipation zu erweitern.

Mit ihrer Publikation „Für Demokratie. Vom Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung in der Welt“ bietet die Stiftung Einblicke in ihre internationale demokratiepolitische Arbeit, internationale Trends und aktuelle Herausforderungen weltweiter Demokratisierung. Vom Ende der Diktaturen und Autokratien über die Widersprüche der Transformation in Osteuropa, des arabischen Frühlings oder eines oftmals konfliktiven rohstoffbasierten Entwicklungsweges in Lateinamerika und Asien. Mit Fallbeispielen und Analysen macht die Publikation Tendenzen weltweiter Demokratisierung und das Engagement der Stiftung anschaulich. Länderbeispiele verdeutlichen, wie die Arbeit vor Ort durch spezifische politische Rahmenbedingungen, Dynamiken und auch Widerstände geprägt ist. Denn die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung geht in jedem Land eigene Wege. Fünf Beispiele – aus Südafrika, Chile, Afghanistan, Bosnien-Herzegowina und aus der europäischen Arbeit – zeigen, wie vielfältig und verschieden demokratiepolitische Arbeit sein kann und sein muss. Die Projektkapitel machen die Arbeit zu Kernthemen der Stiftung greifbar – zum Beispiel im Bereich der geschlechter- und ressourcenpolitischen Arbeit, oder der Vergangenheitsbewältigung.

Entstanden ist eine facettenreiche Publikation, die Bilanz zieht, Antworten auf Herausforderungen reflektiert und neue Perspektiven eröffnet.

### **Brot für die Welt: Unbewaffnetes Ziviles Peacekeeping – Den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen**

Anlässlich einer öffentlichen Sitzung des Unterausschusses für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln zu Zivilem Peacekeeping organisierte Brot für die Welt am 14. März ein Lunchbriefing mit Expertenvorträgen und Diskussion. Der Schwerpunkt des Briefings lag auf den Möglichkeiten des unbewaffneten, zivilen Peacekeeping (unarmed civilian peacekeeping, UCP) bei der gewaltfreien Transformation von gewaltsam ausgetragenen Konflikten. Dr. Rachel Julian, Professorin an der Leeds Beckett Universität, gab Einblicke in den theoretischen Hintergrund des Konzepts. Tiffany Easthom, Mitarbeiterin der Nichtregierungsorganisation Nonviolent Peaceforce (NP), die in mehreren Ländern Projekte mit zivilen Peacekeepern durchführt, berichtete unter anderem von praktischen Erfahrungen aus ihrer Arbeit im Libanon und Südsudan.

Der Begriff des UCP wurde 1995 geprägt – die ihm zugrundeliegende Idee existierte allerdings schon viel länger. Das Konzept setzt sich für eine gewaltfreie Herangehensweise an Konflikte ein. Um den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen setzt UCP auf professionell geschulte Zivilisten, die in Krisensituationen die Zivilbevölkerung vor Gewalt durch Konfliktparteien schützen können. Die Gewaltfreiheit bleibt dabei auch in bewaffneten Konflikten oberstes Prinzip.

#### **Weitere Informationen**

Claudia Rolf, Heinrich-Böll-Stiftung  
[rolf@boell.de](mailto:rolf@boell.de)

#### **Links & Literatur**

[Für Demokratie. Vom Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung in der Welt](#)  
Heinrich-Böll-Stiftung | April 2016

hbs-Dossier: [Für Demokratie](#)

Dr. Rachel Julian berichtete aus Ergebnissen ihrer Forschung über Kriterien, die ein Gelingen gewaltfreier Konfliktbearbeitung bedingen. Wichtigstes Instrument für die Arbeit ziviler Peacekeeper ist demnach ihre enge Beziehung zur lokalen Bevölkerung. Mitarbeiter von NP

sind entweder selbst aus der Gegend oder leben seit längerer Zeit in den betroffenen Communities. Dadurch sind sie mit den lokalen Strukturen, Akteuren und Gegebenheiten vertraut und werden ihrerseits als Teil der Gemeinschaft akzeptiert. Da sich ihre Arbeit ausschließlich auf den Schutz der Zivilbevölkerung bezieht, werden sie von den Konfliktparteien als unparteiisch und nicht als Gegner angesehen: ein Punkt, der für zivile Peacekeeper essentiell ist, da er ihre Legitimität stärkt und vor Angriffen schützt. Aufgrund der Komplexität und Kontextabhängigkeit von Konflikten unterscheiden sich die von NP angewandten Strategien nicht nur von Einsatzland zu Einsatzland, sondern auch von Region zu Region, sowie von Situation zu Situation. Ständige Flexibilität und Anpassung an neue Situationen erfordern eine kontinuierliche Kontextanalyse. Der dezentrale Aufbau der Organisation ermöglicht es den Mitarbeitenden, schnelle Entscheidungen zu treffen und sich an Veränderungen anzupassen.

Tiffany Easthom, aktuell zuständig für den Nahen Osten, verdeutlichte diesen theoretischen Hintergrund anhand von Beispielen aus ihrer früheren Arbeit im

Südsudan. Bewährte Methoden des Zivilen Peacekeepings, wie beispielsweise der Schutz durch Begleitung oder die aktive Präsenz, zeigten eine deutliche Wirkung, die teilweise sogar von Seiten der bewaffneten Akteure selbst bestätigt wurde. Die alleinige Gegenwart (internationaler) Beobachter reicht demnach oft schon aus, um Gewalttaten gegen Zivilisten zu verhindern.

NP arbeitet gleichzeitig aber auch darauf hin, dass Gewalt als Instrument zur Bearbeitung von Konflikten von gewaltfreien Strategien abgelöst wird. Militärisches Eingreifen als Antwort auf bewaffnete Konflikte beherrscht die politische Agenda. NP setzt sich dafür ein, die Aufmerksamkeit auf alternative, friedliche Möglichkeiten der Friedensarbeit zu lenken. Christine Schweitzer, Geschäftsführerin des Bund für Soziale Verteidigung, betonte die Notwendigkeit, UCP endlich als Alternative zum militärischen Einsatz anzuerkennen und zu diskutieren. Erste Schritte dafür sind bereits getan, wie die öffentliche Sitzung im Unterausschuss zeigt.

## Impuls

### Ausweg oder Sackgasse? Wachsende Verzahnung von Humanitärer Hilfe und Friedensarbeit in multidimensionalen Dauerkrisen

*Die im Vorfeld des World Humanitarian Summit (WHS) von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon vorgelegte „Agenda for Humanity“ benennt die Prävention neuer sowie die Lösung bestehender Konflikte als eine von fünf zentralen Verantwortlichkeiten. Dafür ist unter anderem eine stärkere Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Friedensförderung not-*

#### Weitere Informationen

Andreas Dieterich, Brot für die Welt  
[andreas.dieterich@brot-fuer-die-welt.de](mailto:andreas.dieterich@brot-fuer-die-welt.de)

#### Links & Literatur

[Nonviolent Peaceforce. Ziviles Peacekeeping – Fallstudien](#)

Bund für Soziale Verteidigung | Oktober 2015

[Ziviles Peacekeeping – Dokumentation einer Fachtagung vom 1. November 2014](#)

Bund für Soziale Verteidigung | Januar 2015

[Civilian Peacekeeping. A Barely Tapped Resource](#)

Rolf Carrière, Rachel Julian, Christine Schweitzer, Tim Wallis | IFGK, NP | 2010

**wendig. Am Beispiel des Südsudan zeigt Marina Peter auf, dass die Forderung nach verstärkter Koordination gerechtfertigt und eine Zusammenarbeit zwischen humanitären, Entwicklungs- und Friedensakteuren bei gleichzeitiger klarer Rollenverteilung und unter maßgeblichem Einfluss lokaler Akteure notwendig ist. Darüber hinaus betont sie, dass die Hauptverantwortung für den Schutz der Bevölkerung und die Beendigung von bewaffneten Konflikten an erster Stelle der jeweiligen Regierung obliegt. Der WHS könnte der Ort sein, dies laut und deutlich auszusprechen.**

Vor nur einem Monat hob Helen Clark, Leiterin des United Nations Development Programme, anlässlich der Internationalen Konferenz Humanitäre Hilfe und Entwicklung die Notwendigkeit hervor, Silos aufzubrechen. Die Koordination zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensarbeit müsse schnell gestärkt werden, wenn die Verpflichtung der 2030 Agenda „to leave no one behind“ ernst genommen werden soll.

Niemand kann mehr ernsthaft bezweifeln, dass sich dringend etwas ändern muss, will man die gegenwärtigen humanitären Krisen, die heute komplexer und langanhaltender als je zuvor sind, in den Griff bekommen. In „multidimensionalen Dauerkrisen“ werden unter anderem mit Menschen-, Drogen- und Waffenhandel Milliardenumsätze gemacht, mit welchen sich nicht zuletzt auch internationale Terrororganisationen finanzieren. Dem gegenüber stehen in den letzten 20 Jahren Ausgaben der internationalen Staatengemeinschaft in Höhe von rund 20 Billionen US Dollar, um die Folgen auch krimineller Machenschaften für die betroffenen Menschen zumindest zu lindern. Es wird immer schwerer, den wachsenden Finanzbedarf zu decken. Durch die Klimaveränderungen ist davon auszugehen, dass die Kosten zusätzlich dramatisch steigen werden.

Aus diesem Grund wird am 24. und 25. Mai in Istanbul der erste World Humanitarian Summit stattfinden. Die im Vorfeld vom UN-Generalsekretär postulierte "Agenda for Humanity" benennt fünf Hauptverantwortlichkeiten:

1. Verhinderung und Beendigung von Konflikten;
2. Respektierung der internationalen Kriegsrechtsvereinbarungen;
3. Einbeziehung aller Menschen;
4. Entwicklung anderer Ansätze, um dem Bedarf gerecht zu werden;
5. Investition in Menschlichkeit: lokale Kapazitäten fördern, Risiken mindern und effektive, inklusive Institutionen besonders in fragilen Kontexten aufbauen.

Im Folgenden wird am Beispiel des Südsudan diskutiert, ob die geforderte Stärkung der Koordination den entscheidenden Weg vorwärts weist.

Die knapp fünf Jahre alte Republik bietet neben zutiefst frustrierenden Erfahrungen auch jede Menge bedenkenswerter Ansätze, um langfristig eine anscheinend permanente Hoffnungslosigkeit zu überwinden. Diese näher zu beleuchten – wesentlich tiefer gehend, als es dieser Beitrag leisten kann – könnte durchaus helfen, die Debatte um Chancen und Grenzen des Zusammenspiels zwischen humanitärer, Entwicklungs- und Friedensarbeit zu bereichern und entsprechende Schlüsse für die Weiterarbeit zu ziehen.

Neu ist das jetzt geforderte Konzept zur stärkeren Zusammenarbeit der diversen Akteure nicht. Bereits im Februar/März 1999 geschah etwas Bahnbrechendes im Südsudan, damals noch Teil des Sudan, und mit diesem in einen langen Krieg verwickelt. In einem Dorf namens Wunlit versammelten sich Konfliktparteien, Zivilisten, Kirchenführer, Soldaten sowie einige internationale BeobachterInnen und ModeratorInnen. Jahrelang war von Seiten der internationalen Gemeinschaft vergeblich versucht worden, die seit 1991 zerstrittenen südsudanesischen Führer John Garang (Dinka) und Riek Machar (Nuer) zu versöhnen und wieder zu einer

Gruppierung zusammenzuführen. Ihre "Bruderkämpfe" hatten wesentlich mehr zivile Opfer gefordert als der Krieg mit der Armee des Sudans. Jetzt wurde seitens des Kirchenrats des Neuen Sudan (NSCC) der bis dato erste Versuch unternommen, Frieden „von unten“ aufzubauen. Dieser Prozess wurde „People to People Peace Process“ (P2PPP) genannt, Wunlit war nur die erste Etappe eines umfassenden Konzepts der Zusammenarbeit von humanitären, Friedens- und Entwicklungsarbeitenden, das auf alle drei Ebenen der Friedensarbeit ausgerichtet war.

Wichtigste Prinzipien: Ein von allen anerkannter, ziviler lokaler Akteur hatte die Federführung im Wunlit-Prozess, hatte eingeladen, das Konzept entwickelt und leitete hauptverantwortlich die Konferenz zum P2PPP. Traditionelle Methoden der Aussöhnung und Kompensation der beteiligten Gruppen wurde durch „moderne“ Methoden ergänzt. Nicht internationale Peacekeeper mussten für die Sicherheit der Teilnehmenden sorgen, sondern die örtlichen Sicherheitskräfte. Der damalige Zonenkommandeur – Salva Kiir, heute Präsident des Südsudan – stellte die Konferenz unter seinen persönlichen Schutz.

Wunlit schaffte mit der Versöhnung zwischen Dinka und Nuer die Grundlage für humanitären Zugang zu den von Krieg und beginnender Ölförderung vertriebenen Menschen. Eher entwicklungsbezogene Maßnahmen wie die Unterstützung des örtlichen Friedensrates sowie des gesamten P2PPP bis zum Friedensschluss zwischen der Regierung des Sudan und der wiedervereinigten südsudanesischen Rebellenarmee im Jahr 2005 folgten. Internationale Nichtregierungsorganisationen (NRO) bestimmten nicht die Agenda, sondern arbeiteten im Hintergrund, halfen auf Anfrage mit Wissen, Finanzen, internationalen Zugängen und Advocacy-Arbeit. Sie versuchten zudem, das fast zeitgleich mit Wunlit entwickelte „Do no harm“-Konzept in ihrer eigenen Arbeit umzusetzen und zu propagieren.

Kann der P2PPP auch in der gegenwärtigen Situation – eventuell neben oder mit anderen konfliktsensiblen Ansätzen wie „Do no harm“ oder dem „Peace and Conflict Impact Assessment“ (PCIA), der „Inclusive Peace and Transition Initiative“ oder auch des „Local to Global Protection“-Projektes – helfen, einen Weg aus multidimensionalen Dauerkrisen zu finden?

In gewisser Weise ja: Aufgrund seiner Trägerschaft durch von der Bevölkerung anerkannte lokale Akteure, dem Hauptaugenmerk auf auf Graswurzel-Ebene beginnender Versöhnung und Friedensaufbau quer durch alle Bevölkerungsschichten sowie durch die Einbeziehung traditioneller Methoden bietet er viele gute Ansatzpunkte. Aber seit 2005 hat sich viel verändert. Rollen und Verantwortlichkeiten werden zunehmend unklar oder verwässert, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- Ohne die wesentlichen Grundlagen eines P2PPP zu berücksichtigen, verwendeten besonders nach 2005 hereinströmende Organisationen den Begriff geradezu inflationär, um an den Geldtöpfen zu partizipieren. Internationale verdrängten lokale Bemühungen und wurden zu „Machern“ statt zu „Ermöglichern“.
- Der immer schnellere Wechsel bei Mitarbeitenden in NRO führt dazu, dass das sowohl für den Schutz humanitärer Einrichtungen wie für Friedensarbeit benötigte Vertrauen der Bevölkerung nicht aufgebaut werden kann. Meist gibt es zudem kein institutionelles Gedächtnis.

#### Weitere Informationen

Marina Peter, Sudan und Südsudan Forum e.V.  
[marinapete@me.com](mailto:marinapete@me.com)

#### Links & Literatur

[Sudan und Südsudan Forum e.V.](#)

[Inclusive Peace and Transition Initiative](#)

[Local to Global Protection](#)

- Aus ehemaligen zivilgesellschaftlichen Akteuren sind oft rücksichtslose, korrupte, wenig Friedensliebe zeigende Regierungsmitglieder geworden, die sich aber bestens damit auskennen, wie (internationale) zivilgesellschaftliche Netzwerke funktionieren, und welche Macht sie entfalten können, wenn sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen.
- UN Peacekeeping Truppen mit fest umrissenen Aufgaben sind im Land. Deren Hauptquartiere aber sind seit Dezember 2013 zu Schutzorten für Konfliktopfer und wie die Peacekeeper selbst zu Angriffszielen geworden.
- Humanitäre Einrichtungen und Mitarbeiter humanitärer Organisationen genießen keinen besonderen Schutz mehr. Auch sie werden zu Opfern brutaler Übergriffe.
- Zivilgesellschaftliche Gruppen und einzelne Kirchen haben sich im Konflikt positioniert und gelten längst nicht mehr überall als „honest broker“.
- Zivile Gruppen waren erstmals bei den Friedensverhandlungen in Addis Abeba 2014/15 offiziell beteiligt. Unklar aber bleibt, inwieweit sie tatsächlich die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung repräsentierten bzw. mit der Basis verbunden waren.
- Traditionelle Methoden der Versöhnung entsprechen häufig weder internationalen Standards noch Rufen nach „Rechenschaftspflicht“ und „Gerechtigkeit“. Zudem sind junge Menschen oft entwurzelt, in der Diaspora aufgewachsen und kennen weder diese Methoden noch respektieren sie traditionelle Autoritäten.
- Unklarheiten bei Rollen und Verantwortlichkeiten und Vermischung von humanitären mit politischen bzw. menschenrechtlichen Advocacy-Botschaften leisten schnell dem Argument Vorschub, alle internationalen, aber zunehmend auch nationalen NRO seien Agenten ausländischer Partikularinteressen, und somit „legitime“ Angriffsziele.
- Kriminelle Machenschaften einschließlich Menschenhandel haben ebenso zugenommen wie rassistische Diskriminierung.
- Akte von Terror bzw. die Akteure entziehen sich friedenslogischen Ansätzen.
- „Healing of memories/trauma counseling“ ist eine Komponente, die überhaupt erst die Voraussetzung für Friedensfähigkeit schafft. Im Südsudan wurde zwar lange darüber geredet, aber bisher viel zu wenig getan. Hier liegt eine wichtige Schnittstelle für die Zusammenarbeit zwischen humanitären Organisationen und lokalen Friedensakteuren.

Die vom UN-Generalsekretär ausgerufene neue Agenda und die von Helen Clark geforderte verstärkte Koordination zwischen humanitären, Entwicklungs- und Friedensakteuren sind ganz sicher wegweisend. Ein „Allheilmittel“ aber sind sie nicht.

Mittlerweile ist es fast eine Binsenweisheit, dass anhaltender Frieden nur von innen geschaffen werden kann. Noch aber tragen angewandte Methoden dem nicht Rechnung. Auch wenn die stärkere Einbeziehung zivilgesellschaftlicher lokaler Akteure explizit genannt wird, scheinen Prozesse doch oft stark von außen gesteuert.

Humanitäre Organisationen müssen in diffusen, oft ethnisch oder religiös überhöhten bewaffneten Auseinandersetzungen deutlich als neutrale Schutz- und Versorgungsleistende erkennbar bleiben. Gerade sie müssen sich aber der Konfliktodynamiken in ihrem Umfeld äußerst bewusst sein. An einer gemeinsamen Situations-/Konflikt-/Akteurs- sowie konfliktensiblen Wirkungs-Analyse aller Beteiligten aber mangelt es noch.

Klare Verantwortlichkeiten im Lobby- und Advocacy-Bereich müssen verabredet werden und erkennbar bleiben.

Solange Kriegsparteien und Milizen darauf vertrauen können, dass Außenstehende für Ernährung, Basisgesundheitsversorgung und Elementarbildung ihrer Bevölkerung sorgen und dabei auch noch genug für die eigenen Kämpfer abfällt, haben sie wenig Grund, einen Konflikt schnell zu beenden. Bei allen lobenswerten Versuchen der Zusammenarbeit, um humanitäre Krisen zu verhindern, muss immer wieder ganz deutlich gemacht werden, wo bzw. bei wem die Hauptverantwortung für eben diese Krisen liegt. Schutz der Bevölkerung und die Beendigung von bewaffneten Konflikten obliegt an erster Stelle der jeweiligen Regierung. Das Völkerrecht ist an dieser Stelle sehr klar.

Ab und an einmal sollte man auch die diplomatisch leise Plattform verlassen. Vielleicht ist der WHS dafür ein geeigneter Ort – bis 2030 sind es nur noch 14 Jahre.

*Marina Peter ist Vorsitzende des Sudan und Südsudan Forum e.V.*

## **FriEnt Tipps & Info**

### **Neuer Schwung für den New Deal?**

Über 40 Staaten sowie zivilgesellschaftliche und internationale Organisationen trafen sich am 5. April zum fünften Global Meeting des International Dialogue for Peacebuilding and Statebuilding (IDPS). Dabei verlängerten sie das Mandat des IDPS und des New Deal for Engagement in Fragile States um weitere fünf Jahre. Gleichzeitig verabschiedeten sie die „Stockholm Declaration on Addressing Fragility and Building Peace in a Changing World“, mit der sie ihre Verpflichtung erneuern, strukturelle Ursachen von Konflikt und Fragilität im Rahmen des New Deal gemeinsam anzugehen.

Die Stockholm Declaration soll neues politische Buy-in für den New Deal bringen. Denn laut einer gerade veröffentlichten unabhängigen Review ist fehlende hochrangige politische Ownership ein zentrales Hindernis für eine erfolgreiche Umsetzung des New Deal. Andererseits zeigen die positiven Erfahrungen mit der Umsetzung in Somalia, Sierra Leone und Timor-Leste was erreichbar wäre, wenn die Umsetzung politisch gewollt und entsprechend vorangetrieben würde.

Auch aus dieser Motivation heraus greift die Stockholm Declaration aktuelle internationale Themen, wie die Flüchtlingskrise, extremistische Gewalt oder die 2030 Agenda auf, um den New Deal in diesem neuen internationalen Kontext zu verorten. Auch die Debatten des Global Meetings, an dem FriEnt als Beobachter teilgenommen hat, spiegeln dies wieder. Drei große Herausforderungen lassen sich für den New Deal daraus ableiten:

Erstens wird es darum gehen, den New Deal als kooperatives Umsetzungs- und Monitoringinstrument für die 2030 Agenda in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten zu etablieren. Einigkeit besteht darin, dass nach der Verabschiedung der 2030 Agenda nun Parallelprozesse bei der Umsetzung von New Deal und SDGs vermieden werden müssen. Grundsätzlich bestehen zwischen beiden Prozessen keine unüberbrückbaren Gegensätze, obwohl einige Unterschiede die Zusammenführung durchaus anspruchsvoll machen.

Nicht zuletzt bestehen in der Zusammenführung auch große Chancen, die Lücken des jeweils anderen Prozesses zu schließen, wenngleich offen bleibt, wie eine Verknüpfung genau aussehen soll.

Zweitens stellt sich die Frage, ob die Prinzipien des New Deal, von der Nutzung nationaler Systeme über Konfliktsensibilität bis zur Harmonisierung des Geberverhaltens, mehr als Lippenbekenntnisse sind. Gleiches gilt natürlich auch für die Selbstverpflichtung der G7+-Länder, inklusive nationale Prozesse zu gestalten. Noch hat der New Deal hier nicht die hohen Erwartungen an konkrete Verhaltensänderungen erfüllen können – so lautet zumindest ein weiteres Ergebnis der unabhängigen Überprüfung.

### Weitere Informationen

Marc Baxmann, FriEnt  
[marc.baxmann@frient.de](mailto:marc.baxmann@frient.de)

### Links & Literatur

Langversion dieses Beitrags im [FriEnt-Blog](#)

[If prevention is the best cure, we have to do better in fragile states](#)

Claire Leigh | UNDP | April 2016

[A new deal or a new global partnership for conflict-affected states?](#)

Oscar Fernandez Taranco | The Brookings Institution | März 2016

[Neues Video](#) zum New Deal

[Video](#) vom Launch der Independent Review während der Frühjahrstagung der Weltbank

Drittens gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob sich der IDPS als Forum für den Austausch mit anderen Akteuren anbieten kann und will. Der für die UN Peacebuilding Commission zuständige stellvertretende UN-Generalsekretär Oscar Fernandez-Taranco hat deutlich gemacht, dass er hier Bedarf sieht. Gerade angesichts der Tatsache, dass 80 Prozent des derzeitigen Bedarfs an humanitärer Hilfe durch Gewalt und Fragilität ausgelöst werden, sei eine wesentlich engere Zusammenarbeit zwischen humanitärer Hilfe, Friedensförderung und Entwicklung unerlässlich.

Der International Dialogue sollte jedoch keine Prozesse doppeln, sondern könnte die Erfahrungen und Anstrengungen anderer zusammenbringen (zum Beispiel die Arbeit der Peacebuilding Commission; dazu hat FriEnt bereits ein Fachgespräch organisiert). Neben humanitären Akteuren seien angesichts der multidimensionalen und globalen Natur von Gewalt und Fragilität auch Sicherheitsakteure, der Privatsektor, Regionalorganisationen oder aufstrebende Länder in den Dialog einzubeziehen, so die Ko-Vorsitzende des IDPS,

die schwedische Entwicklungsministerin Isabella Lövin.

## UNDP-Bericht hebt Bedeutung lokaler Governance-Strukturen für Frieden und Entwicklung hervor

Das United Nations Development Programme (UNDP) hat kürzlich den Leitfaden „Building a Resilient Foundation for Peace and Development – Local Governance in Fragile and Conflict-Affected Settings“ vorgelegt. Anhand von Fallstudien aus El Salvador, Kolumbien, Liberia, Somalia, Sri Lanka, Südsudan, Mosambique und Palästina arbeitet er die Erfahrungen von UNDP in fragilen und von gewaltsamen Konflikten betroffenen Staaten auf und erläutert den spezifischen Ansatz von UNDP zur Stärkung lokaler Governance-Strukturen.

Kurzfristige, primär auf Sicherheit abzielende Politiken erweisen sich in komplexen und zunehmend lang andauernden Situationen von Fragilität und Konflikt als wirkungslos, teils sogar als kontraproduktiv für Frieden und Entwicklung. Vor diesem Hintergrund geraten multidimensionale Ansätze in den Fokus, die darauf abzielen, die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft zu stärken und dadurch eine belastbare Basis für Frieden und nachhaltige Entwicklung zu schaffen, so der Autor des Leitfadens. Da es gerade lokale Institutionen, Sys-

### Links & Literatur

[Building a Resilient Foundation for Peace and Development – Local Governance in Fragile and Conflict-Affected Settings](#)  
 Nicolas Garrigue | UNDP | 2016

teme und Prozesse sind, in welchen Menschen Tag für Tag den Staat erleben und mit diesem in Interaktion treten, sind lokale Governance-Strukturen besonders ausschlaggebend für die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Inklusiv und verlässliche lokale Governance-Strukturen, welche das Vertrauen der Bevölkerung genießen, können daher eine wichtige und positive Rolle bei der Wiederherstellung von sozialer Kohäsion und Resilienz als Basis einer friedlichen Gesellschaft spielen.

Der Autor verschweigt jedoch nicht, dass Governance-Programme gerade in fragilen Kontexten mit großen Herausforderungen und Risiken verbunden sind und betont, dass eine Fokussierung ausschließlich auf lokale Strukturen nicht sinnvoll ist. Vor diesem Hintergrund ist die Aufarbeitung der Erfahrungen von UNDP sowohl innerhalb des UN-Systems als auch darüber hinaus wertvoll, da Modi dezentraler, lokaler Governance vermehrt Eingang in Friedensabkommen finden, so beispielsweise in Kenia, dem Kosovo, Libyen oder den Philippinen.

## Impressum

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)  
c/o GIZ, Friedrich-Ebert-Allee 36  
53113 Bonn  
Tel. +49 (0)228 4460 3583  
[info@frient.de](mailto:info@frient.de)  
[www.frient.de](http://www.frient.de)  
[www.twitter.de/FriEnt\\_news](https://www.twitter.de/FriEnt_news)

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Daniela Dietmayr  
[daniela.dietmayr@frient.de](mailto:daniela.dietmayr@frient.de)

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann [per Formular](#) auf der FriEnt-Homepage bestellt und abbestellt werden.

Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder. Für eine bessere Lesbarkeit wird auf die Nennung der weiblichen Bezeichnung von Personengruppen weitestgehend verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Aussagen gleichermaßen auf Frauen und Männer.